

Reserven einsetzen statt Sozialleistungen kürzen

Bruno Köbele, geb. 1934 in Freiburg/Breisgau, Maurerlehre, Arbeit als Gewerkschaftssekretär, ist seit 1991 Bundesvorsitzender der IG Bau-Steine-Erden.

I.

Der „Aufschwung Ost“ lahmt, und die westdeutsche Wirtschaft steckt in der tiefsten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Wenn in Bonn nicht endlich antizyklische Wirtschaftspolitik praktiziert wird und ein radikaler Kurswechsel in der Finanz- und Geldpolitik stattfindet, führt der im Frühsommer 1992 deutlich sichtbar gewordene Abwärtstrend in eine handfeste Wirtschaftskrise, die Dimensionen erreichen kann, die mit denen der letzten Jahre der Weimarer Republik vergleichbar sind. Die Arbeitsmarktzahlen deuten die Größenordnungen an.

Im Frühjahrsgutachten der sechs großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute wird für 1993 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um eine halbe Million auf 2,3 Millionen, für Ostdeutschland mit 1,25 Millionen registrierten Arbeitslosen gerechnet. Zählt man die 1,8 Millionen, „die durch arbeitsmarktpolitische Instrumente vor der direkten Arbeitslosigkeit bewahrt wurden“, und die mehr als 400000 in Westdeutschland in Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen Tätigen hinzu, ergibt sich ein Arbeitsplatzdefizit von 5,5 Millionen. Das entspricht der Arbeitslosenzahl der Weimarer Republik aus dem Jahre 1931.

Schon im Mai zeigte die Statistik, daß die Prognosen der Gutachter zu vorsichtig gewesen waren; die tatsächliche Entwicklung sieht schlimmer aus. Es gab im Mai 1993 in Westdeutschland 450 000 Arbeitslose mehr als im Mai 1992; die Zahl der Kurzarbeiter hat sich in diesem Zeitraum auf 939 000 vervierfacht. Die traurige Wachstumsprognose aus dem Frühjahrsgutachten von minus 2 Prozent ist im ersten Quartal 1993 kräftig überholt worden, das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte in realer Rechnung um 3,2 Prozent. Die Kapazitätsauslastung der westdeutschen Industrie lag Ende 1992 bei 80,4 Prozent; im Dezember 1990 waren es 90, Ende 1988 88,7 Prozent. Und der Abbau setzt sich fort. Für März 1993 meldet Ifo nur noch eine Auslastung von 78,5 Prozent.

Eine Umkehr der negativen Wirtschaftsentwicklung ist nicht in Sicht, der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Karl-Heinz Oppenländer, stellte Ende Juni 1993 fest, daß der Tiefpunkt der Rezession noch nicht erreicht sei.

Den konjunkturwidrigen Kurs der Bundesbank verschärfend ist die Bundesregierung dabei, den im Solidarpaket vereinbarten moderaten Sparkurs zu

verlassen und Haushaltskonsolidierung mit der Brechstange zu betreiben. Nach den Plänen des Bundesfinanzministers sollen im Bundeshaushalt 1994 mindestens 20 Milliarden DM eingespart werden, ansteigend auf 27 Milliarden 1996. Mehr als die Hälfte dieser Einsparungen soll im Etat der Bundesanstalt für Arbeit erfolgen, Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe und die Streichung des Schlechtwettergeldes sind hier die dicksten Posten.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß die Sparaktionen der Bundesregierung zu einem Kaufkraftverlust bei den privaten Einkommen von gut drei Prozent führen würden, ein Haushalt mit einem Einkommen von 4 000 DM könne dann etwa 130 DM im Monat weniger ausgeben. Bei einer schon *unter* 80 Prozent liegenden Kapazitätsauslastung muß ein Rückgang der Gesamtnachfrage in dieser Größenordnung die anhaltende Abwärtsspirale der Wirtschaft beschleunigen. Das vom Bundeswirtschaftsminister neuerdings vorgeschlagene Vorziehen der für 1994 vorgesehenen öffentlichen Investitionen bildet da kein ausreichendes Gegengewicht, und auch an den Exportmärkten ist bis jetzt kein konjunktureller Hoffnungsschimmer zu sehen; der Deutsche Industrie- und Handelstag sieht im Gegenteil die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure durch die großen Wechselkursveränderungen in Europa nachhaltig beeinträchtigt.

II.

In diesem Umfeld können große Sparaktionen in den öffentlichen Haushalten nur kontraproduktiv wirken: Sie treiben über die Minderung der Gesamtnachfrage die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung weiter nach unten, wodurch auch das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht erreicht wird. Die konjunkturbedingten Mindereinnahmen bei Steuern und Beiträgen werden jeden „Sparerfolg“ durch Leistungskürzungen überrollen. Die Arbeitslosenzahl dürfte dann bei nicht verminderten Defiziten in den öffentlichen Haushalten die Größenordnung des Jahres 1932 in der Weimarer Republik erreichen. Die Bonner Finanz- und die Frankfurter Geldpolitik kommen damit in eine gefährliche Nähe zu den politischen Verhaltensmustern des Reichskanzlers Brüning und des Reichsbankpräsidenten Luther.

Während das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz in Bonn vergessen ist, gibt es laufend neue, wenig taugliche Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftslage. Verlängerung der Arbeitszeiten, Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch Einführung von Karenztagen, Streichung des Schlechtwettergeldes u. ä. Merken denn die Erfinder dieser Ideen nicht, wie absurd es ist, bei mehr als fünf Millionen fehlender Arbeitsplätze und zu weniger als 80 Prozent ausgelasteten Kapazitäten die Arbeitszeit verlängern zu wollen? Schon heute ist die mögliche Produktion nicht absetzbar, und da die Nachfrage durch längere Arbeitszeiten nicht steigt, könnten doch nur weitere Entlassungen die Folge sein. Und der schwierig funktionierende Winterbau erhielte mit einer Streichung des Schlechtwettergeldes einen empfindlichen

Rückschlag zum Schaden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, aber auch der Auftraggeber. Ein Einbruch in die Tarifautonomie durch Einführung von Karenztagen würde den in den letzten Jahren schon brüchig gewordenen sozialen Frieden vollends gefährden. Aus guten Gründen galt über drei Jahrzehnte hinweg der soziale Friede als wichtiger positiver Standortfaktor der Bundesrepublik.

Wir brauchen statt dieser Vorschläge eine der Wirtschafts- und Beschäftigungslage entsprechende Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik, sonst ist der Marsch in die Krise nicht zu stoppen. Die heute schon vorhandene Perspektivlosigkeit bei vielen jungen Menschen ist günstiger Nährboden für rechtsradikale Ideologien und deren Verbreitung durch rücksichtslose Gewaltanwendung. Die beim Arbeitslosenniveau und in der Finanzpolitik sichtbar werdenden Parallelen zur Weimarer Republik werden dann auch politisch sichtbar werden, mit unabsehbaren Folgen für unseren demokratischen Staat.

Nicht nur zur Verhinderung weiteren Sozialabbaus ist also ein neuer, Wachstums- und beschäftigungswirksamer Kurs der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik notwendig, die Gefahren einer politischen Destabilisierung sind noch gewichtiger.

Nun hört man immer wieder, daß die alten wirtschaftspolitischen Rezepte nicht mehr wirken würden, wir hätten nicht Konjunktur- sondern Strukturprobleme und diesen sei mit öffentlichen Programmen nach dem Keyneschen Muster nicht beizukommen. In der Bundesrepublik bestehen in der Tat große Strukturprobleme, doch zusätzlich gibt es den tiefen Konjunkturreinbruch mit anhaltender Abwärtsentwicklung der Wirtschaft. Und die nur mittel- bis langfristig zu lösenden Strukturprobleme werden unlösbar, wenn die jetzt herrschende tiefste Rezession der Nachkriegszeit in eine sich selbst verstärkende Krise übergeht. Die gegenwärtig praktizierte Finanzpolitik enthält eine Reihe von Anstößen zur Selbstverstärkung der Abwärtsspirale, die Bundesbankpolitik bleibt trotz der immer schlechter werdenden Kapazitätsauslastung auf Bremskurs, und der Bundeswirtschaftsminister redet über längere Arbeitszeiten, anstatt seine Aufgaben nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zu erfüllen. Angeblich sollen die alten Keyneschen Rezepte nicht mehr wirksam sein - doch wie soll etwas wirken, was seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr angewendet wurde?

Mit dem 1977 beschlossenen 16-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogramm und einer Reihe weiterer expansiver Maßnahmen in Höhe von einem Prozent des Bruttosozialprodukts -12,9 Milliarden - wurden Wachstumsimpulse ausgelöst, die innerhalb von drei Jahren zu einem Anstieg der Beschäftigung um 931 000 Stellen führten.

Über die antizyklische Nachfragesteuerung hinaus enthält das inzwischen fast vergessene Arsenal der Wachstumsförderung ein Instrument, das immer wirkt: die Beschleunigung und Verstärkung öffentlicher Investitionen, die unmittelbar zum Anstieg der Aufträge in der Bauwirtschaft, im Maschi-

nenbau, in der Elektro- und Meßtechnik sowie beim Bau von Nutzfahrzeugen führen. Gesamt- und einzelwirtschaftlich nützliche Infrastruktur, Umwelt und Beschäftigung gleichzeitig verbessernde Projekte gibt es in Ostdeutschland in jedem Landkreis, in den vernachlässigten Randregionen Westdeutschlands ebenfalls.

Investitionsprogramme müssen aber finanziert werden, und in den Kassen von Bund und Ländern ist nichts vorhanden. Auch schrecken die schon hohen öffentlichen Defizite von weiterer Kreditfinanzierung ab, wenn der Kapitalmarkt auch ergiebiger ist, als angenommen wird, wie die problemlose Unterbringung ausländischer DM-Anleihen beweist. Finanzierung durch Umschichtungen und/oder Mehreinnahmen ist in dieser Wirtschaftslage problematisch wegen ihrer negativen Rückwirkungen auf die Nachfrage. Allerdings ließen sich zwei Finanzierungsquellen konjunkturunschädlich erschließen:

Erstens eine Solidarabgabe auf Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze (1993 = 7 200 DM monatlich). Diese Einkommen wurden nicht durch die massiven Beitragserhöhungen zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik belastet; außerdem nimmt oberhalb dieser Grenze die Sparquote zu, so daß nur begrenzte Rückwirkungen auf die Gesamtnachfrage eintreten.

Zweitens durch die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Minister, Abgeordnete, Freiberufler und Vorstandsmitglieder von Kapitalgesellschaften. Es gibt keine Legitimation dafür, diesen Personenkreis (allein in den alten Bundesländern mehr als 1,6 Millionen) nicht an der Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu beteiligen.

Mit einer gut bemessenen Arbeitsmarktabgabe würde die Finanzierungslücke in Nürnberg gemindert, die „Gerechtigkeitslücke“ bei der Finanzierung der deutschen Einheit etwas abgebaut und die Beitragszahler würden entlastet. Und im Gegensatz zu Steuererhöhungen wären hier negative Wachstumsrückwirkungen nicht zu befürchten, denn dieser Personenkreis investiert nicht.

Für ein Investitionsprogramm, das den 1993/94 notwendigen Beschäftigungsschub bringen soll, reichen diese Einnahmen freilich nicht aus. Hier muß die Deutsche Bundesbank daran erinnert werden, daß sie nach dem Bundesbankgesetz die doppelte Aufgabe hat, „die Währung zu sichern“ und die „allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“. Da Grundlage der Wirtschaftspolitik das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist, wird die Bundesbank damit auch auf das Ziel „hoher Beschäftigungsstand“ verpflichtet. Sie muß darum aus ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung heraus beschäftigungswirksame Investitionsprogramme unterstützen, denn auch ihre Stabilitätspolitik kann nur Erfolg haben, wenn es gelingt, aus Arbeitslosengeldempfängern wieder Beitrags- und Steuerzahler zu machen.

Bei der auch aus Stabilitätsgründen dringend notwendigen Verbesserung der Beschäftigungslage könnte die Bundesbank in doppelter Weise helfen:

Erstens durch eine kräftige Herabsetzung der Leitzinsen, wie sie auch im Frühjahr gutachten gefordert wird. *Zweitens* durch eine schrittweise Mobilisierung ihrer Goldreserven und deren Verwendung zur Finanzierung bzw. Zinsbefreiung beschäftigungswirksamer Infrastrukturinvestitionen.

III.

Seit ihrer Gründung weist die Deutsche Bundesbank in ihrer Bilanz einen Goldbestand von 13,7 Milliarden DM aus (zusätzlich 3,3 Milliarden, die auf den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit übertragen sind). Der Tageswert dieser nutz- und zinslos im Keller der Bundesbank bewachten Goldreserven liegt heute bei mehr als 60 Milliarden. Durch eine schrittweise Veräußerung dieser Reserven ließen sich Finanzierungsmittel von 10 bis 15 Milliarden jährlich für ein mittelfristig angelegtes Investitionsprogramm gewinnen. Ihr Einsatz wäre durch die mit steigender Beschäftigung sich verbessernde Einnahmesituation -100 000 Arbeitslose weniger entlasten die öffentlichen Kassen (einschl. Sozialversicherungsträger) um mehr als 3,5 Milliarden DM - stabilitätspolitisch bedeutsam und währungspolitisch unschädlich.

Mit einer schrittweisen Auflösung ihrer Goldreserven für eine teilweise zinslastenfreie Finanzierung des Aufschwungs Ost könnte die Bundesbank endlich über ihre traditionelle Bremsenrolle hinaus auch dem Beschäftigungsziel des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gerecht werden.

Können Reserven im vereinigten Deutschland sinnvoller eingesetzt werden? Und dieser Einsatz wäre Wachstums- *und* stabilitätsgerechter als alle Abgabenerhöhungen und/oder Leistungskürzungen.

Die D-Mark bezieht weder ihren Außen- noch ihren Binnenwert aus Goldreserven, und niemand auf der Welt denkt an eine Rückkehr zum Goldstandard der Währungsordnungen vergangener Zeiten. Als denkbare Reserven für künftige Importbezahlungen werden die Goldbestände nicht gebraucht. Die Bundesbank verfügte Ende April 1993 ohne den Goldbestand über Währungsreserven von 92 Milliarden DM, mehr als die meisten unserer Handelspartner. Auch die vom Bundesfinanzminister und der Bundesbank geäußerten Befürchtungen, daß das Vertrauen in die D-Mark und damit ihr Außenwert leiden würden, wenn die Bundesbank dem Beispiel der kanadischen, niederländischen und belgischen Zentralbanken folgt, überzeugt nicht.

Wenn die tiefe Rezession in eine Krise mit Dauerarbeitslosigkeit für 6 bis 7 Millionen Menschen übergeht, dürften die Solidität der deutschen Wirtschaft und das deutsche Ansehen im Ausland aufgrund rechtsradikaler Aktionen sehr viel stärker diskreditiert werden.

Die höchsten Goldreserven der Welt - in Fort Knox mit hohen Kosten eingelagert und bewacht - haben den Kursverfall des US-Dollars um weit mehr als die Hälfte nicht aufgehalten; umgekehrt hat der Verkauf eines knappen Drit-

tels der Goldbestände durch die niederländische Notenbank die Stabilität des holländischen Gulden nicht beeinträchtigt.

Wer trotzdem noch am Golde im Keller der Bundesbank hängt, dem sei empfohlen, bei einem bedeutenden Sozialwissenschaftler, dem Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning, nachzulesen, der schon 1962 („Vom Geld und Kapital“, Herder Verlag) die Frage stellte, „was es denn für einen Sinn habe, das Gold mit viel Mühen und Kosten aus dem Sand Südafrikas herauszuwühlen, um es alsbald mit neuen großen Kosten unter dem Granit von Manhattan oder dem Eisenbeton von Fort Knox wieder zu vergraben.“